

## **Demographischer Wandel in Deutschland und in Hessen**

Ulf Hahne

Wir werden weniger – und älter werden wir sowieso. Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung in Deutschland um rund sieben Millionen Menschen auf insgesamt 75 Millionen schrumpfen (Statistisches Bundesamt 2009). Das geht auch am Land Hessen nicht vorbei: Hessen wird nach dieser Vorausberechnung von derzeit über sechs Millionen Einwohnern auf circa 5,5 Millionen im Jahr 2050 schrumpfen. Die demographische Entwicklung und der fortschreitende Strukturwandel werden unsere Gesellschaft spürbar verändern.

Ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, für ganz Deutschland gilt: Es wird immer weniger zu verteilen geben. Der Druck auf die gewachsenen politischen und sozialen Strukturen wird steigen. Dieser Druck wird nicht überall gleich sein, sondern er wird sich räumlich unterschiedlich verteilen.

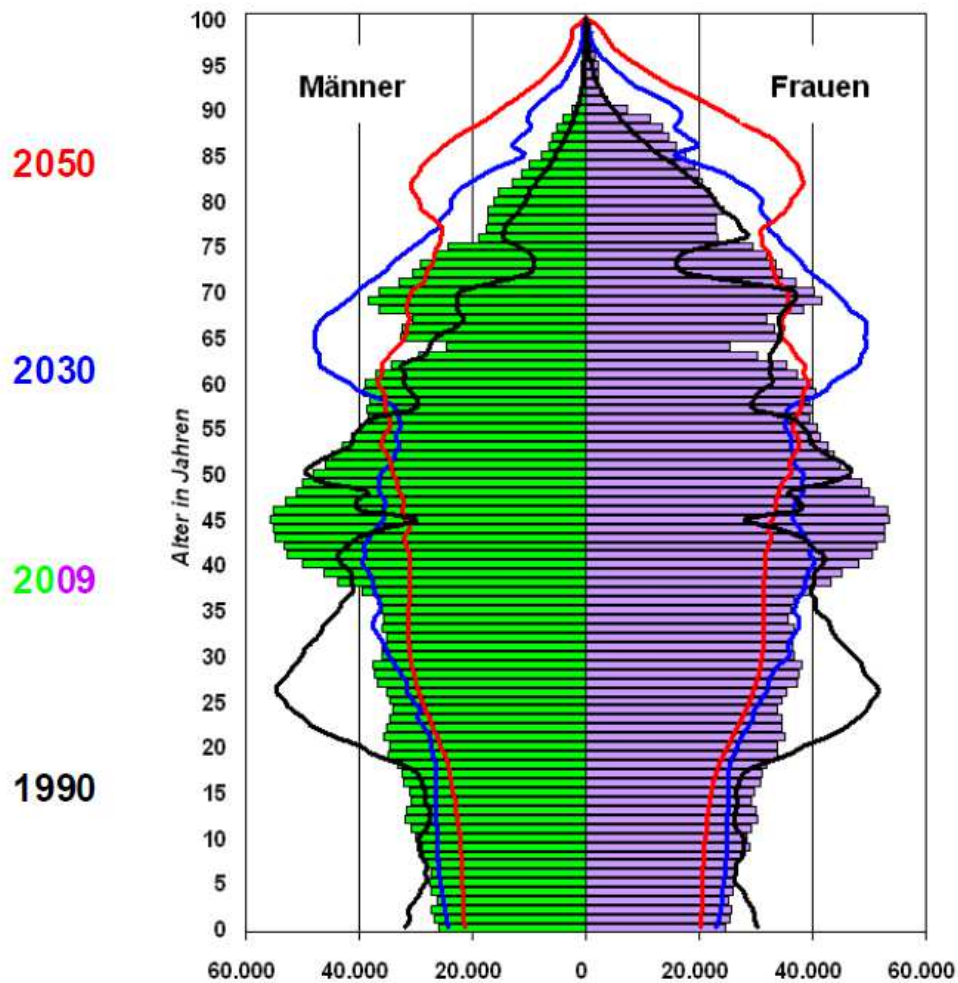
Dies lässt sich schon anhand des Vergleichs von zwei Mittelzentren in Hessen zeigen. In Homberg (Efze) finden sich mitten im Zentrum vielfach Leerstände. Anders dagegen in Wächtersbach, wo auch in jüngster Zeit der Grundstücksverkauf in Neubaugebieten weitergeht. Das heißt, mitten in Hessen zeigen sich unterschiedliche Strukturen von weiter wachsenden Teilbereichen und auch sehr stark schrumpfenden Teilräumen.

### **Bevölkerungsentwicklung**

Großräumiger betrachtet auf Kreisebene zeigen die Bevölkerungsvorausschätzungen: Die großen Städte, auch der Main-Kinzig-Kreis, wachsen noch weiter in den nächsten 20 Jahren. Das bedeutet aber, dass die vom Minister schon benannte deutliche demographische Entwicklung mit ihrem Bevölkerungsrückgang vor allem die anderen Regionen des Landes treffen wird.

Sie alle kennen die Bevölkerungspyramide in Hessen (Abbildung 1) und es lässt sich leicht erkennen, dass die Basis dieser Pyramide drastisch ausgedünnt ist. Was vor 30 Jahren an Einwohnern nicht geboren ist, fehlt heute; die fehlenden Einwohner können damit heute nicht ins Erwerbsleben treten oder Häuser bauen. Das fehlt uns in Hessen und es fehlt deutschlandweit, europaweit, es fehlt in vielen anderen Staaten der Welt auch.

Abb. 1: Hessen im demographischen Wandel

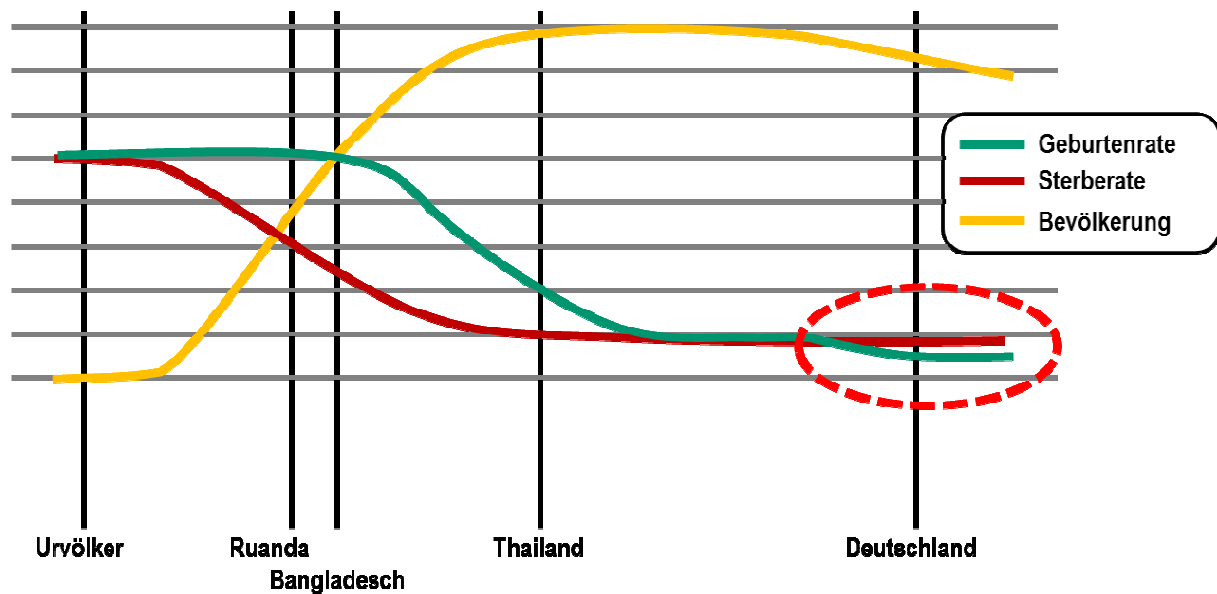


Quelle: HSL (Statistik 1990 und 2009), Berechnungen der Hessen Agentur in Anlehnung an die 12. Koordinierte.

Darstellung: v.d. Busch 2010: 18

Zur Erläuterung dient ein kleines Modell, welches diese Entwicklung als Phasenablauf darstellt; es ist das Modell des demographischen Übergangs (Abbildung 2). Beginnen wir die Betrachtung im Zeitstrahl ganz links, zu Zeiten der Ur-Völker: In dieser Zeit gab es sehr hohe Geburtenraten, aber leider auch sehr hohe Sterberaten. Insgesamt ergab sich eine relativ ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung. Erst als die Lebenserwartung aufgrund besserer hygienischer Verhältnisse und besserer Ernährungsbedingungen – denken Sie an die Steinzeit – deutlich anstieg, ergab sich das Auseinanderfallen zwischen der Geburtenrate und der Sterberate. Es entwickelte sich ein rapides Bevölkerungswachstum. Noch heute haben wir Länder, die in diesem Bereich wachsender Einwohnerzahlen liegen, dies sind vor allem die Entwicklungsländer, drei sind beispielhaft eingezeichnet. Weiter zeigt sich, dass etwa Thailand schon auf dem Weg zu einer wieder stabilen Bevölkerung vorangeschritten ist.

Abb. 2: Modell der demographischen Transformation



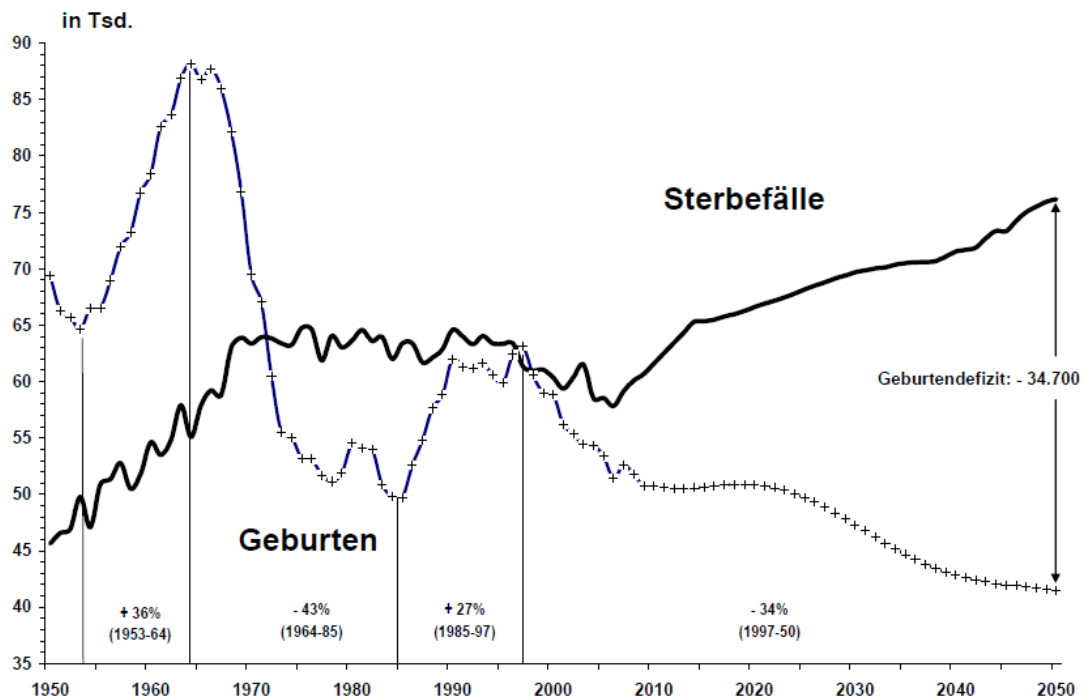
Daten: Berlin-Institut, Handbuch Demografie; Darstellung: Hahne

Und nun das Besondere am Ende der Phasenbildung: Wiederum fallen Geburten- und Sterberaten auseinander, doch diesmal mit umgekehrten Vorzeichen als in der ersten Phase der demographischen Transformation. Deutschland steckt in dieser zweiten Phase der demographischen Transformation, wo auf einmal Sterberaten und Geburtenraten wieder auseinander fallen, aber leider in Richtung Schrumpfung, weil die Geburtenraten weit unter die Sterberaten gesunken sind.

Deutschland ist im Schrumpfungsprozess nicht alleine in der Welt, aber Deutschland ist dabei aufgrund der geringen Geburtenraten ziemlich weit vorne. Man könnte aber auch China betrachten, wo die Ein-Kind-Politik zu genau denselben Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung führen wird. Deshalb sind die Chinesen sehr an den Antworten interessiert, wie wir in Deutschland mit dem demographischen Wandel umgehen. Die Japaner sind in dem Prozess vielleicht noch ein bisschen weiter fortgeschritten, zudem verfolgt Japan nach wie vor eine strenge Einwanderungspolitik. Das führt dazu, dass Japan eigentlich gar keine andere Chance hat, als zunächst zu einem Altersheim zu werden. Erst nach einer Phase von circa 50 bis 60 Jahren wird sich die Bevölkerungsentwicklung, dann allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau, neu stabilisieren können.

Wir befinden uns in einer ähnlichen Phase des demographischen Übergangs und müssen Maßnahmen zum geschickten Umgang mit dem demographischen Wandel entwickeln. Wenn wir gut sind, kann das auch ein Export-Modell werden. Und Hessen kann dabei durchaus in dem Sinne wieder vorn sein, wenn es zeigt, dass in den ländlichen Räumen trotzdem für die Menschen, die dort leben und arbeiten, gute Lösungen möglich sind, die ihnen gleiche Bildungschancen ermöglichen, gleiche Aufstiegschancen und eine gute Lebensqualität. Abbildung 3 zeigt für Hessen die Lücke zwischen Geburten und Sterbefällen. Sie sehen, Junge fehlen, Alte gibt es zu viele. Konsequenz ist natürlich dann, dass insbesondere die Erwerbsbevölkerung in den nächsten Jahren fehlen wird. Wir wissen, dass viele Betriebe im ländlichen Raum ihre Ausbildungsplätze immer schwerer besetzen können, lange nach Fachkräften suchen, und dass es ein Riesenproblem für die Zukunft wird.

**Abb. 3: Parameter der demographischen Entwicklung in Hessen**



Quelle: HSL (Statistik), Hessen Agentur (Projektion und Trend in Anlehnung an die 12. Koordinierte).

Darstellung: v.d. Busch 2010: 11

Übrigens spielt dabei immer Kooperation – Thema des IKZ, des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit Hessen – eine große Rolle. Längst arbeiten Betriebe z.B. in überbetrieblicher Zusammenarbeit daran, gemeinsam Ausbildung zu gewährleisten, und gehen Kooperationen ein, um auch größere Aufträge abwickeln zu können. Auch das muss man unterstützen, auch das ist sicherlich ein wichtiger Punkt für die Politik.

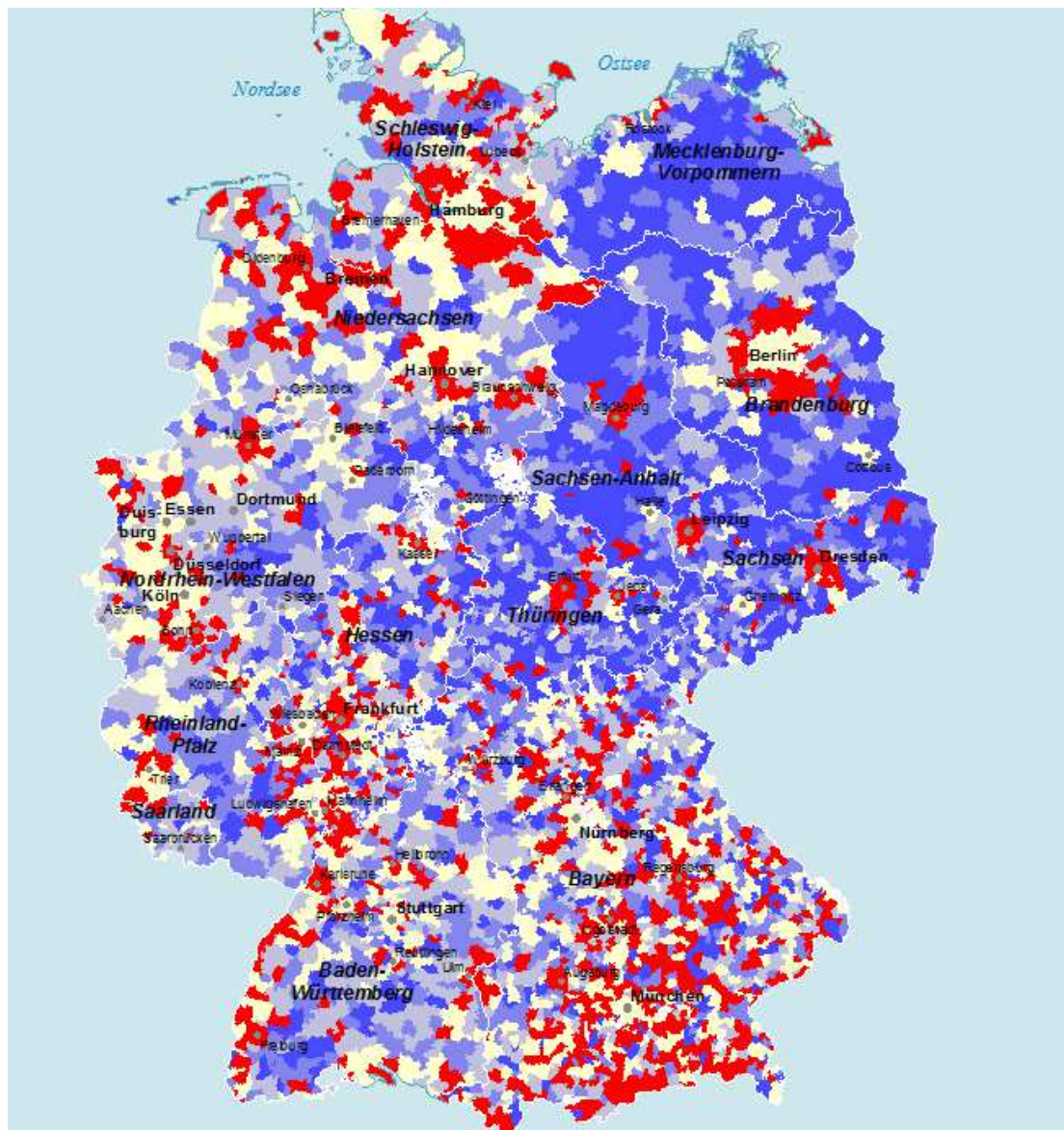
### Wanderungen

Einen Parameter der demographischen Entwicklung können wir leider nicht prognostizieren. Wir wissen, wie viele Menschen geboren sind, wie viele leben in Deutschland usw. Daher lässt sich die Bevölkerungsentwicklung relativ gut prognostizieren und wir können deshalb halbwegs kleinräumig, also z.B. auf Landkreisebene, Bevölkerungsvorausschätzungen wagen. Kleinräumiger – so sagen Statistiker immer wieder – wird es unseriös, Prognosen abzugeben, weil dort Wanderungen eine immer größere Bedeutung einnehmen. Und Wanderungen lassen sich nicht seriös und mit einer einigermaßen gesicherten Eintrittswahrscheinlichkeit voraussagen. Das Thema hat zum einen etwas mit der Einwanderungspolitik Deutschlands oder Europas zu tun. Es hat dann aber auch etwas mit der kleinräumigen Verteilung dieser Zuwanderer zu tun, gleich ob sie aus dem Ausland oder als Binnenwanderer zu uns strömen.

Zum Beleg kann man sich anschauen, was hier in Deutschland im Bereich der Wanderungen geschieht. Nehmen wir einmal ein Jahr heraus, als Beispiel 2009 (Abbildung 4). Die blauen, herausgenommenen Gemeinden sind die, die einen negativen Wanderungssaldo haben, d.h. dort fand in dem betrachteten Jahr Abwanderung statt. Und bei den roten Gemeinden ist es

entsprechend eine Zuwanderung und die hellen Gemeinden haben eine etwa neutrale Wanderungsbilanz aufzuweisen.

**Abb. 4: Gesamtwanderungssaldo nach Gemeinden / Gemeindeverbänden je 1.000 Einwohner 2009**



- bis unter -7,9
- -7,9 ... -3,9
- -3,9 ... -0,4
- -0,4 ... 3,3
- 3,3 und mehr

Quelle: BBSR: INKAR 2011

Schaut man genauer auf Hessen, so lässt sich einerseits ebenfalls dieser bunte Flickenteppich erkennen, andererseits schon eine starke Bevorzugung bestimmter Wachstumsregionen, die der Minister bereits hervorgehoben hat. Was aber mit den wachsenden Gemeinden außerhalb dieser Wachstumskerne? Hier gilt es genauer hinzuschauen, woran das liegt: Es kann an vielen lokalen

Sonderfaktoren liegen, etwa der touristischen Attraktivität oder der Lage im System des öffentlichen Nahverkehrs und der relativen Nähe zu Wirtschaftszentren. Es kann auch von der kommunalen Politik verstärkt werden, die durch Familienfreundlichkeit, gute Angebote zur Kinderbetreuung und zur Vereinbarung von Beruf und Familie Zuzüge begünstigt. Hier in Roßbach vor der Höhe wären wir in einer solchen Stadt, wo das auch der Fall ist; der Bürgermeister hat einige Faktoren genannt.

Was daraus als optimistische Schlussfolgerung von vielen Bürgermeistern und Politikern gezogen wird, lautet: Wenn es so einen Flickenteppich gibt, dann möchten viele von der „blauen“ Seite der Gemeinden mit Wanderungsverlusten auf die „rote“ Seite der Wanderungsgewinner rutschen. Und dies könne man durch eine entsprechende Politik beeinflussen. Folglich müsse man Gegensteuern und brauche sich nicht anzupassen. Denn wenn eine Kommune nur attraktiv genug ist, genügend Anreize zur Ansiedlung von Gewerbe und Bewohnern biete, dann schafft sie auch die entsprechend notwendige Zuwanderung.

### **Interkommunaler Wettbewerb**

Doch leider stehen die von dieser Hoffnung getragenen Kommunalpolitiker nicht allein, denn auf dieselbe Idee kommen auch ihre Nachbarn. In dem Sinne gibt es inzwischen eine erhebliche interkommunale Konkurrenz und das ist nicht nur bei Gewerbegebieten der Fall, sondern inzwischen ganz stark im Wohnbereich – hier gibt es vielfältige Versuche von Gemeinden: Dumpingpreise bei Grundstücken bis zum Verschenken von Grundstücken, Prämien für Zuzügler, für Familien, für Alleinerziehende, für das erste Kind und so weiter und so fort. Die bundesweite Datenbank „aktion-pro-eigenheim.de“ enthält derzeit (Mai 2012) die Adressen von 812 Kommunen, die in irgendeiner Weise Baugeld verschenken. Hessen ist dabei gut vertreten. Ebenso auch bei dem entsprechenden Wettbewerb in dem gesamten Bereich der kommunalen Gebühren.

In einem wachsenden Umfeld ist diese wettbewerbliche Verhaltensweise verständlich. Aber in einem schrumpfenden Umfeld geht der Vorstoß zu Lasten aller, sowohl zu Lasten der eigenen Kommune (hier fehlen Einnahmen, die den erzeugten Kosten entgegenstehen) als auch zu Lasten der Nachbarkommunen, die nämlich, wollen sie nicht gleich den Kampf um neue Einwohner verlieren, in diesem Teufelskreis mitmachen müssen und auch mit ihren Preisen herunter gehen müssen beziehungsweise ähnliche Subventionsangebote wie die Nachbarn machen müssen. Letztlich hat dann keiner mehr etwas von den möglicherweise zu verteilenden neuen Einwohnern, weil die Kosten überall aufgelaufen sind und sie nicht mehr reingeholt werden können. Und das Ganze wird noch verschlimmert durch die ohnehin knappe Finanzlage der Kommunen.

Viele Kommunen verlieren derzeit an Attraktivität für Neubürger, aber auch für die ortsansässige Bevölkerung, denn die Versorgungslage mit Diensten des täglichen und mittelfristigen Bedarfs wird immer schlechter, und die Teufelskreise des Attraktivitätsverlustes gehen damit natürlich einher. Und: Welche Familie will schon dort hinziehen, wo schon die Nahversorgung schlecht ist? Aber die Schwächen setzen sich fort im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, also bei Kinderbetreuung, Schulen, Bildungswesen, Gesundheit usw. Die Entwertung kommunaler Infrastruktur folgt als nächster Punkt der Spirale. Weniger Einwohner bedeuten geringere Zuweisungen, bedeuten weniger Steuereinnahmen und weniger Gebührentzahler und da sind wir schon fast beim Thema Wasser.

### **Anpassungsstrategien**

Die Strategie, die wir aber brauchen, weil wir den Bevölkerungsrückgang nicht zurückdrehen können: wir müssen uns an diesen Wandel anpassen und wir müssen sehen, wie es weiter geht. Nur: das haben wir alle nicht gelernt. Niemand von uns weiß, wie man mit Schrumpfung umgeht. Wir sind mühsam dabei, die ersten Schritte zu unternehmen, Erfahrungen zu sammeln und in einzelnen Feldern zu sagen, so kann es gehen.

Es gibt bereits eine Reihe von Anpassungsstrategien. Wir reden hier über den demographischen Wandel nicht erst seit gestern, sondern schon, wenn man ein bisschen ehrlich zurückblickt, seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Randgebiete in Hessen haben es schon damals immer schwieriger gehabt, auch in den 80er Jahren schon die ersten Probleme mit Leerständen und Unterauslastung kennengelernt. Doch dann kam die Zuzugswelle der 1990er Jahre durch die Wiedervereinigung und alle haben rasch vergessen, was man zuvor schon gedacht hatte – in Richtung interkommunaler Zusammenarbeit, in Richtung dezentraler Lösungen, kleinerer Lösungen, flexibler Lösung usw. Hier gibt es ja eine ganze Menge an Möglichkeiten, wie man das voranbringen kann, das wäre ein eigener Kongress, deshalb belasse ich es an dieser Stelle mit dem Hinweis. Es gibt ja auch Ideen zu sagen, ganz stark in Richtung Privatisierung von Einrichtungen zu gehen auch im wirtschaftlichen Engagement. Es gibt aber auch ganz starke Bewegungen in Richtung Re-kommunalisierung von Einrichtungen zu gehen – wie bei der Energieversorgung, was Herr Minister Rhein vorhin im Beispiel schon benannt hat.

### **Schrumpfung als Herausforderung**

Was heißt denn nun Schrumpfung? Schauen wir uns einen Teilbereich einmal genauer an: die leitungsgebundene Infrastruktur, weil das heute unser Thema ist. In der Anfangssituation haben wir eine ausreichende Zahl an Einwohnern an den Leitungen angeschlossen. Jetzt wächst das demographische Problem und die Zahl der Einwohner und Nutzer an den Leitungen verringert sich. Aber die Leitungen bleiben bestehen. Das heißt, die Grundkosten bleiben bestehen und müssen jetzt auf weniger Gebührenzahler umgelegt werden (das Problem der Kostenremanenz).

Genau dies kann man in der Gebührenentwicklung von vielen Kommunen, die in Hessen von rückläufigen Einwohnerzahlen betroffen sind, bereits heute erkennen: die Gebühren werden jetzt schon nach oben gedrückt und angepasst. Als Beispiel sei nur ein Ort im Werra-Meißner-Kreis angeführt, wo die jährlichen Kosten für den Abwasserhausanschluss innerhalb von nur zwei Jahren um 66 % erhöht wurden. Dabei wird unter anderem auch überlegt, dass der Aufwand gar nicht mehr verbrauchsabhängig variiert, sondern vor allem von den Grundkosten abhängt. Aber es gibt natürlich auch Kommunen, welche immer weiter an den verbrauchsabhängigen Gebühren drehen. Wie in Witzenhausen, wo die Gebührensätze für das Schmutzwasser in den letzten fünf Jahren um fast 100 % und für das Niederschlagswasser um über 130 % erhöht worden sind.

Das zeigt das Problem klar auf. Wir müssen im Bereich der Siedlungsentwicklung letztendlich dazu kommen, das wir relativ zügig Anpassungsschritte vorannehmen. Dazu heißt es unter anderem zu überlegen, wo sind die Siedlungsschwerpunkte, die künftig eine gute Siedlungsinfrastruktur für die Region unter Erschließungs- und Kostengesichtspunkten ergeben. Das kann ich sinnvoll nur noch auf interkommunaler Ebene angehen, nicht mehr auf kleinkommunaler Ebene betrachten. Man kann das natürlich als Einzelkommune versuchen, aber dann gerät man sehr rasch wieder in die Negativspirale hinein.

In der kleinräumigen Betrachtung reicht es in der Regel auch nicht, sich auf Leerstandsanalysen zu verlassen. Auch das ergibt noch lange keine Strategie. Denn ich weiß auch nach der Analyse nicht, wie ich mit dem einzelnen Gebäude umgehen muss. Und eigentlich muss man sich über jedes Grundstück Gedanken machen. Was macht man aus einem solchen Haus? Kommt man überhaupt an den Eigentümer heran? Die Leerstandsanalyse impliziert quasi, man könne mit jedem Eigentümer über die Zukunft seines Hauses reden, das ist aber nicht so. An viele Eigentümer kommt man gar nicht heran, weil diverse andere Verfügungsberechtigte dazwischenstehen – und sei es ein Kreditinstitut, das nicht zur Wertberichtigung bereit ist.

Und sodann muss man fragen: was macht man mit so einem Haus? Für den armen Eigentümer kann man realistisch nur noch sagen, das ist der Grundstückswert minus Abrisskosten. Das will natürlich keiner hören und wahrhaben. Und für viele, deren Alterssicherung dieses ist, ist es eine Katastrophe. Der Immobilienmarkt im ländlichen Raum ist daher genauer anzuschauen. Insbesondere darauf hin, was noch vermarktbar ist und was zur Vermarktung fähig ist. Und dann sieht man auf einmal, dass da relativ wenig übrig bleibt. Und dass der Wertverlust, der durch den Leerstand entsteht, natürlich auch Neubauten betrifft im ländlichen Raum. Auch diese lassen sich nicht mehr zum Entstehungswert verkaufen. Dies ist auch ein Problem für die möglicherweise gewonnenen Neubürger, wenn sie einmal wegziehen müssen.

Dieser Leerstand bleibt nicht auf Dörfer beschränkt. Er trifft längst die größeren Städte, auch Mittelzentren, wie am Anfang erwähnt. Das heißt: wir müssen uns Wege überlegen, wie wir aus dem Schrumpfungsdilemma herauskommen. Wir müssen Besonderheiten entwickeln. Also was ist an meiner Kommune ganz besonders? Was kann ich wirklich machen? Wo ist Abriss und Freiraumschaffen die Strategie, wo Renovierung und Wiederbelebung? Wanfried wäre ein gutes Beispiel dafür, wo etwas – angestoßen und vorangetrieben von einer Bürgergruppe – gut gelungen ist, indem man im Stadtkern alte Häuser renoviert hat, das Ortsbild attraktivieren konnte und die Leerstände durch kluge Vermarktung reduziert werden konnten.

Wir müssen die Chancen sehen, die man auch im demographischen Wandel hat. So haben im stark schrumpfenden Werra-Meißner-Kreis inzwischen vier neue Dorfläden eröffnet. Zum Teil auch an Orten, wo nie oder zumindest in den letzten 40 Jahre kein Dorfladen mehr existierte. Dies ist eine erstaunliche Entwicklung und sie beruht häufig auf einem Zusammenspiel von bürgerschaftlichem Engagement, sozialer Trägerschaft und guter unternehmerischer Aktivität. Wichtig ist das Zusammenspiel mit dem Lebensmitteleinzelhandel – in den Beispielen unterstützt Tegut das Modell, es gibt aber auch andere Unternehmen, die den lokalen Lebensmitteleinzelhandel in Kleinläden als Marktsegment wiederentdecken. Ferner ist die Trägerschaft wichtig. Hier kann die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern ein Kernproblem des Handels, die Personalkosten, deutlich verringern. Aber die Bevölkerung vor Ort muss dieses Modell mit tragen. Daher ist ein bedeutender Ansatz zur Lösung, die Bürger mit einzubeziehen. Ehrenamtliches Engagement und Eigentätigkeit der Bürger vermögen viele Dinge anzuregen und auch zu leisten – weit über den Bürgerladen hinaus.

Aber manches kann man nicht einfach auf der örtlichen Ebene voranbringen, vieles muss man auf der regionalen Ebene regeln. Dies gilt zum Beispiel für viele Teile der Daseinsvorsorge. Weil der Werra-Meißner-Kreis angesprochen wurde, verweise ich auf deren in intensiver Zusammenarbeit zwischen Akteuren der privaten und öffentlichen Träger, von Vereinen und Verbänden und unter Einbeziehung vieler Bürger entstandenen „Masterplan Daseinsvorsorge“. Hier wurde für viele



Bereiche der Daseinsvorsorge im Kreis geschaut:

- Wo liegen die zentralen Aufgaben?
- Worin bestehen die Veränderungen durch den demographischen Wandel?
- Welche Bedarfe gibt es jetzt und in Zukunft?
- Wie lassen sich diese Bedarfe und Aufgaben sinnvoll und
- durch welche Organisations- und Angebotsformen erledigen?

Ein solcher Masterplan lässt sich nur in Zusammenarbeit mit vielen Akteuren vor Ort gemeinsam entwickeln. Was müssen wir abspecken? Was können wir abspecken? Und wo haben wir vielleicht auch Ideen etwas besser zu machen? Und diese positive Aussicht ist ein Anreiz, dass Menschen auch einfach mitarbeiten, indem sie sagen: Wir können ja auch, wenn wir selber etwas in die Hand nehmen, etwas besser machen. Wir können etwas besser organisieren – auch schon lange Eingefahrenes. Also lass uns das angehen. Und das geht inzwischen bis in Fragen der interkommunalen Siedlungsteilung hinein. Ich freue mich, dass beim „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“, einem neuen Bundeswettbewerb, drei Regionen aus Hessen vertreten sind: Der Vogelsberg, der Spessart und der Kreis Hersfeld-Rotenburg. So dass sie die Pilot-Erfahrungen aus dem Werra-Meißner-Kreis weiter auf ihre spezifischen Bedingungen übertragen können.

Schrumpfung haben wir nicht gelernt. Aber wenn wir die Erfahrung alle selber machen müssen, dann ist das der bitterste Weg des Lernens. Lassen Sie uns also gemeinsam darüber nachdenken, wie wir es besser machen können.

Quellen:

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung o.J.: Handbuch Demographie.

Online: [www.berlin-institut.org/online-handbuchdemographie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/demographischeruebergang.html](http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemographie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/demographischeruebergang.html)

Glatthaar, Michael, Franziska Lehmann 2011: Tante Emmas Enkel. Nachversorgung und Begegnung im Werra-Meißner-Kreis: Eine Erfolgsgeschichte. Eschwege.

Hahne, Ulf, Silke Laskowski, Felix Kühnel 2012: Dezentralisierung und Flexibilisierung der Systeme für Wasserver- und Abwasserentsorgung im Werra-Meißner Kreis. Working Papers – Forschungen F1/2012. Hrsg.: Ulf Hahne. Universität Kassel, Fachbereich 6, Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung. Kassel 2012

Statistisches Bundesamt 2009: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Van den Busch, Uwe 2010: Demografische Rahmendaten zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Hessen und seinen Regierungsbezirken. Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050. Hessen Agentur, Report Nr. 791. Wiesbaden.